

Referat für Hochschulpolitik
Lukas Gliem, Carl
Universitätsstraße 1, 04109 Leipzig
Tel.: 0341 – 97 37 850
E-Mail: hopo@stura.uni-leipzig.de

Leipzig, den 23.08.2019

StuRa ruft zur Großdemonstration in Dresden auf - unsere Solidarität ist #unteilbar!

Der Studierendenrat der TU Dresden, der Student_innenrat der Universität Leipzig sowie die Landesstudierendenvertretung KSS bekennen sich klar zu den Positionen des #unteilbar-Bündnisses und wollen trotz vorlesungsfreier Zeit möglichst viele ihrer insgesamt rund 110.000 Studierenden mit einem eigenen Wagen zur Großdemonstration am Samstag mobilisieren.

Den sogenannten ‚Bildungstruck‘, der im Kultur- und Wissenschaftsblock der Demonstration zu finden sein wird, organisiert das Referat WHAT des StuRa der TU Dresden gemeinsam mit engagierten Studierenden und studentischen Initiativen aus Leipzig und Dresden. Auch der lokale Ableger des March for Science und die Sächsische Bibliotheksgesellschaft werden mit einem Redebeitrag auf dem Wagen vertreten sein. Thematisch soll es sowohl um die Bedeutung von Bildung für die Gesellschaft gehen als auch um die Rolle und Verantwortung der Wissenschaft in gesellschaftlichen Debatten.

„Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft und die gesellschaftliche Teilhabe eines jeden jungen Menschen. Wir müssen den Weg in ein Bildungssystem gehen, in dem Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und sozialem Hintergrund gleiche Zugangschancen zu Bildung haben“, erklärt Ulrich Wehrle, Referent für Soziales am Student_innenrat der Universität Leipzig.

Die Gruppe Kritisches Lehramt Dresden geht noch weiter und fordert ein radikales Umdenken in der Art und Weise, wie gelernt und gelehrt wird: „Anstelle einer marktgerechten Ausrichtung von der Grund- bis Hochschule benötigen wir mehr Freiraum, um die Entwicklung kritisch denkender Individuen zu unterstützen. Informierte, reflektierte Bürger_innen tragen schließlich unsere Demokratie“.

Gerade in Zeiten von Fake News, einer zunehmenden Polarisierung, populistischen Tendenzen und immer komplexeren Problemen darf Wissenschaft sich daher nicht im Labor verstecken, sondern muss sich aktiv in gesellschaftliche Debatten einbringen. Sie kann dabei in Diskussionen durch harte Fakten Meinungen und Parteigrenzen überwinden um zur Lösung von Problemen, wie zum Beispiel bei der Klimakrise beizutragen.

Mit großer Sorge betrachten viele Studierende derzeit die aktuellen politischen Entwicklungen und eine mögliche Regierungsbeteiligung der AfD in Sachsen. Die Initiative #wirstreiken, die auch vom StuRa der Uni Leipzig unterstützt wird, hat für den Fall von Koalitionsverhandlungen mit der Partei einen konkreten Plan: es soll möglichst breit jeglicher Alltag bestreikt werden. „Die Beteiligung von antidemokratischen Kräften an der Regierung bedeutet eine Grenzüberschreitung, die wir nicht tatenlos hinnehmen können!“, sagt Carl Bauer, Referent für Hochschulpolitik im StuRa Uni Leipzig. So bereitet sich der Student_innenrat schon seit Juli auf einen Bildungstreik vor und auch andere Organisationen überlegen bereits, wie es nach der Wahl weitergeht.

„Selbst wenn wir kurz ignorieren würden, dass die AfD ein höchst populistische Partei ist, in der immer wieder, systematisch Äußerungen fallen oder geduldet werden, die stark bis extrem rechts, rassistisch und menschenverachtend sind“, so Lutz Thies vom Referat WHAT des StuRa der TU Dresden, „dann zeigen die ganz konkreten Forderungen aus ihrem Wahlprogramm mehr als nur rückwärts gewandtes Denken. Die AfD greift unsere Grundwerte an – die der Universität, der Wissenschaft und letztlich der Gesellschaft als Ganzes. Dagegen wehren wir uns.“

So fordert die AfD beispielsweise das "traditionelle" Familienbild zu erhalten und den Sexualkundeunterricht in Schulen zu reduzieren. Sie stellt sich damit aktiv gegen die individuelle Verwirklichung eines jeden einzelnen Menschen und zwingen Kinder in alte Denkmuster. Sie will in die Wissenschafts- und Kunstfreiheit eingreifen, indem Geld für Gender-Forschungen oder politische Kunst gestrichen werden soll. Die Partei fordert sogar öffentlich die Exmatrikulation Studierender der Hochschule für Bildende Künste Dresden, die ihr aufgrund bisheriger Aktionen unbequem erscheinen. Darüber hinaus gefährdet die AfD die Internationalität an Hochschulen, indem sie Deutsch als Wissenschaftssprache präferiert und in der Vergangenheit immer wieder maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Sachsen weltweit für seine rechten Umtriebe bekannt ist und dem Bundesland ein "braunes" Image anhängt.

Nur wenige Tage vor den Landtagswahlen soll daher ein starkes zivilgesellschaftliches Zeichen für Demokratie, Toleranz und Gleichberechtigung, sowie gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit gesetzt werden. Die Hochschulen Sachsens sind internationale Bildungseinrichtungen, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt Hand in Hand zusammen arbeiten, Vielfalt und Miteinander gelebt wird. "Es ist wichtig, dass wir öffentlich klar Position beziehen. In Sachsen berufen sich zu viele Institutionen darauf, unpolitisch oder neutral zu sein. Damit sind sie schlechte Vorbilder für eine immer noch schweigende Mehrheit", sagt Friederike Kantzenbach von WHAT.

Für Nachfragen steht Ihnen Alexander Busch vom Referat WHAT der TU Dresden gern zur Verfügung:

+49 157 56328863 // what@mailbox.tu-dresden.de